



**Dr. Johannes Fechner**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Berliner Bote 11/2014

**Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,**

ich hoffe, Ihr hattet alle eine erholsame Ferien- und Sommerzeit. Nach der Sommerpause präsentiere ich Euch mit dieser neuen Ausgabe des Berliner Boten meine Aktivitäten während der Sommerzeit.

### **Unvereinbarkeit des PKW-Maut-Konzeptes von Minister Dobrindt mit dem EU-Recht**

Vor der Sommerpause habe ich als in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Europarecht beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages das Gutachten „*Vereinbarkeit des Vorschlags für eine PKW-Maut bzw. Infrastrukturabgabe mit dem EU-Recht*“ in Auftrag gegeben. Ergebnis war, dass Dobrindts Konzept nicht vereinbar ist mit EU-Recht, weil er unmittelbar die Entlastung der deutschen Fahrzeughalter mit der Belastung der ausländischen Autofahrer koppelt. Dieses Gutachten schlug enorme mediale Wellen.<sup>1</sup> Diese unglückliche Verbindung führt deshalb dazu, dass Ausländer die Maut bezahlen und somit benachteiligt werden, so der Gutachter. Ich bin absolut gespannt, wie nun der konkrete Gesetzesentwurf aussieht, den Dobrindt zugesagt hat im Oktober 2014 präsentieren zu wollen. So wie er mir vorliegt, leite ich Ihn Euch weiter.

### **Außenpolitische Termine**

In den letzten Tagen hatte ich mehrere **außenpolitische Termine** wahrgenommen. Im Rahmen eines Gespräches mit dem Chinesischen Botschafter Shi Mingde habe

---

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/auslaender-maut-bundestagsjuristen-nennen-dobrindt-plan-rechtswidrig-a-984169.html>, <http://www.taz.de/!143548/>,  
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article130832851/Deutsche-Mautplaene-verstossen-gegen-EU-Recht.html>  
<http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/gutachter-kritisieren-mautplaene-nicht-eu-konform--88255921.html>

<http://www.sueddeutsche.de/news/wirtschaft/verkehr-bundestagsgutachten-mautplaene-verstossen-gegen-eu-recht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-140803-99-00688>

ich Ihm geschildert, dass insbesondere viele kleinere und mittlere mittelständische deutsche Unternehmen die große Sorge haben, dass chinesische Firmen Ihre Produkte nachahmen. Der Botschafter berichtete dazu, dass es in China in Kürze ein unabhängiges Gericht geben werde, weil auch viele chinesische Unternehmen über **Produktpiraterie** durch chinesische Mitbewerber klagen. Man darf gespannt sein, ob tatsächlich in China ein unabhängiges Gericht über Urheber- und Patentverletzungen eingerichtet wird.

Am vergangenen Montag habe ich das **Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt** in Alicante besucht. Dies ist für Beschwerden über Markenrechtsverletzungen zuständig und betreibt darüber hinaus eine große Abteilung, die die Produktpiraterie in der Europäischen Union beobachtet. Auch finden viele Schulungen für Staatsanwälte und Polizisten statt sowie für Zöllner um Produktpiraterie zu bekämpfen. Diese Maßnahmen sind alle sehr wichtig, gleichwohl ich mich doch sehr gewundert habe, dass dieses Amt einen dreistelligen Millionenbetrag auf der hohen Kante hat, anstatt diese erwirtschafteten in der EU Haushalt zu überführen. Dies wird Anlass sein für mich, nachzuhaken, welche gesetzlichen Änderungen notwendig sind, dass dieses Amt nicht einen derartig hohen Überschuss anhäufen kann.

Am Mittwoch habe ich an einer Konferenz zur Einrichtung einer **europäischen Staatsanwaltschaft** in Paris teilgenommen. Diese Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ist sinnvoll, weil erhebliche EU-Mitteln von manchen Staaten veruntreut werden und die Verfolgung durch die jeweils örtliche Staatsanwaltschaft oft nicht funktioniert wegen örtlichen Verflechtungen mit den Nutznießern der Veruntreuung. Deshalb muss es eine europäische Staatsanwaltschaft geben, die zentral von Brüssel aus derartige Verbrechen gegen EU-Haushaltsinteressen verfolgt.



Im französischen Parlament am Rednerpult

Besonders beindruckend war für mich dann vor zwei Wochen ein Gespräch mit dem **Premierminister des Kongo**. Während wir uns in Deutschland über Maut-Probleme die Köpfe heiß reden, steht dort nach dem schlimmen Bürgerkrieg der Kampf gegen Ebola, die Beseitigung der enormen Kriegsschäden und der Aufbau des Verkehrs- und Schulsystems im Vordergrund, also wirklich existenzielle Probleme.

### **Friedensspiel des FC Emmendingen in Ypern**

Das Wochenende 23./24. August werde ich so schnell nicht vergessen, denn ich hatte die Gelegenheit, an einem der grausamsten Schlachtorte des Ersten Weltkrieges beim Friedensspiel der U21 des FC Emmendingen gegen die Jugend des FC aus der britischen Partnerstadt Newark dabei zu sein und ein Gedenkprogramm in Ypern mitzumachen. Sehr gefreut habe ich mich darüber, dass ich beim Auswärtigen Amt einen Zuschuss von 4000 € locker machen konnte um diese tolle Aktion des FC Emmendingen zu fördern. Ein ausführlicher Bericht ist hier zu finden: <http://www.badische-zeitung.de/emmendingen/gewonnen-haben-beide-teams>



Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkrieges

### **Mehr Personal für Grundbuchämter in Baden-Württemberg**

Im Rahmen der Grundbuchamtsreform in Baden-Württemberg werden über 650 Grundbuchämter bei den Gemeinden aufgelöst werden und künftig den 13 Amtsgerichten zugeordnet. Unser beschlossenes Gesetz erleichtert die Übernahme von qualifiziertem Personal aus den Kommunen durch das Land, welches in den neuen Grundbuchämtern dringend benötigt wird.

### **Zweiter Untersuchungsausschusses**

Als SPD-Verhandlungsführer habe ich den Untersuchungsauftrag (also die zu untersuchenden Fragen) des Zweiten Untersuchungsausschusses mit der Opposition ausgehandelt. Nun gehöre ich diesem Gremium als stellvertretendes Mitglied an. Am 10. September fand die zweite Sitzung des Ausschusses statt. Es geht darum, die Vorgänge um den Fall Edathy aufzuklären. Dabei soll der Gang der kanadischen und deutschen Ermittlungen rekonstruiert werden und untersucht werden, ob Ermittlungsfehler stattfanden. Mir ist wichtig zu klären, ob die

Strafverfolgungsbehörden in Deutschland personell und technisch ausreichend ausgerüstet sind, um schlimme Straftaten wie Kinderpornografie zu bekämpfen.



Medienrummel vor dem Beginn der Sitzung des Zweiten Untersuchungsausschusses am 10.9.14

### **Kinder und Jugendliche besser gegen sexuellen Missbrauch schützen**

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Sexualstrafrechtes schließen wir Strafbarkeitslücken – um den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch zu verbessern. Dies hatten wir bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Herstellung, Verbreitung und Besitz sog. Posing-Bilder sollen zukünftig explizit unter den Straftatbestand Kinderpornographie fallen. Zudem sollen Sexualstraftaten später als bisher verjähren und sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen um weitere Verhältnisse sozialer Abhängigkeit (Großeltern, Lebensgefährte eines Elternteils ohne Erziehungsbefugnis, Vertretungslehrer) erweitert werden. Für mich ist aber auch der Ausbau von Präventionsprojekten gegen Pädophilie und die Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung der Polizei im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Kinderpornografie und Missbrauch von großer Bedeutung. Der Text meiner Rede findet sich im Plenarprotokoll des Bundestages ab Seite 5027:

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18054.pdf>

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Johannes Fechner